Elisabethstr. 9, 35037 Marburg · Tel. 06421-163873 · stadtfraktion@die-linke-marburg.de · www.die-linke-marburg.de

Bericht aus der Sitzung der Marburger Stadtverordnetenversammlung vom 30.10.2026

Femizid in Marburg: Betroffenheit muss politische Konsequenzen haben

Gleich zu Beginn der Oktober-Sitzung stand ein gemeinsamer Dringlichkeits-Resolutionsantrag von uns als Fraktion Die Linke, CDU/FDP, Grünen, SPD, Volt, Marburger Linke und Klimaliste auf der Tagesordnung. Anlass war die Tötung der 35-jährigen Dejana Pejic in Marburg. Die Stadtverordnetenversammlung drückte ihre Erschütterung und Anteilnahme aus. Zugleich machte die Resolution deutlich: Nach diesem schrecklichen Fall darf nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen werden. Geschlechtsspezifische Gewalt macht auch vor Marburg nicht Halt und die Tat muss klar als Femizid benannt werden.

Entscheidend ist, dass aus der Betroffenheit konkrete politische Konsequenzen folgen. Die Resolution fordert, Schutzlücken zu identifizieren, Prävention zu stärken und Femizide rechtlich als geschlechtsspezifische Gewalt anzuerkennen und systematisch zu erfassen. Bestehende Beratungs- und Schutzangebote müssen abgesichert werden. Besonders deutlich wird die kommunale Verantwortung bei Frauenhäusern: Die fehlenden, nach der Istanbul-Konvention erforderlichen Plätze sollen geschaffen und ihre Finanzierung sichergestellt werden. Auch Aufklärungsarbeit an Schulen und in der Jugendhilfe sowie konkrete Maßnahmen für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum gehören dazu. Die Beteiligung Marburgs am Heimwegtelefon e. V. soll unverzüglich umgesetzt werden.

Die Dringlichkeit des Antrags wurde einstimmig anerkannt. Vor der Abstimmung verlas die Stadtverordnetenvorsteherin Andrea Suntheim-Pichler (CDU/FDP) eine gemeinsame Erklärung der Fraktionen. Anschließend stimmten alle Fraktionen außer der AfD für die Resolution. Für uns als Fraktion Die Linke ist klar: Frauen und queere Menschen brauchen wirksamen Schutz, nicht nur Worte und Anteilnahme, sondern verlässliche Hilfsangebote, ausreichende Finanzierung und konsequentes politisches Handeln.

Es wurde wieder gewählt: Zwei linke Stimmen in der Gleichstellungskommission

Zu Beginn der Sitzung standen erneut mehrere Wahlen und Benennungen für städtische Gremien an. Besonders freuen wir uns darüber, dass mit Miriam Stoll und Judit Margaretha (Greta) Grimm gleich zwei Stadtverordnete für uns in die Gleichstellungskommission gewählt wurden. Damit sind wir dort künftig stark präsent und können uns unmittelbar für Gleichstellung und gegen Diskriminierung einsetzen.

Darüber hinaus unterstützten wir gemeinsame Wahlvorschläge für den Beirat der Volkshochschule und die Schulkommission sowie den SPD-Wahlvorschlag für den Verwaltungsrat der Sparkasse Marburg-Biedenkopf.

Marburg hält an Humanität und Weltoffenheit fest

Ein zentraler Punkt der Sitzung war die Magistratsvorlage „Marburg hält an Prinzipien der Humanität und Weltoffenheit fest“, der sich neben uns auch SPD, Grüne, Volt und Marburger Linke angeschlossen hatten. Die Vorlage wurde angenommen. Anlass war unter anderem ein AfD-Antrag, mit dem die Stadt aus dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ austreten sollte. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

In der Aussprache wurde deutlich, worum es dabei geht: um die Frage, ob Marburg und die Marburger Politik zu Menschenrechten, Asylrecht und (ziviler) Seenotrettung steht, auch dann, wenn die AfD versucht, diese Grundsätze infrage zu stellen. Für uns sprach Lena Reschke. Sie machte deutlich, dass Bekenntnisse zu Weltoffenheit allein nicht ausreichen, sondern konkretes Handeln vor Ort notwendig ist. Marburg sei ohne Migrationsgeschichte nicht denkbar. Das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ stehe für eine konkrete kommunale Struktur gegen die Kriminalisierung von Menschen auf der Flucht. Sie erklärte unsere Solidarität mit der Initiative und insbesondere mit den zahreichen Aktivist*innen in Marburg, die sich klar gegen alle Abschiebungen stellen. Darunter auch Menschen wie Dr. Kurt Bunke vom Cölber Arbeitskreis Flüchtlinge, der früher am Tag für sein Engagement mit dem Marburger Leuchtfeuer ausgezeichnet wurde. Hierfür wollen wir erneut herzlich gratulieren und uns für das unermüdliche Engagement bedanken!

Die AfD versuchte, die Debatte währenddessen mit den üblichen Schlagworten zu verschieben. Die breite Mehrheit im Stadtparlament hat dem eine klare Haltung entgegengesetzt.

Zwei Millionen Euro für den Pharmastandort während wir alle die Gürtel enger schnallen sollen?

Kontrovers diskutiert wurde die geplante Zuwendung von zwei Millionen Euro an die Trans-MIT GmbH für einen Start-up-Hub im Gebäude M600 (das kürzlich durch die Konzernführung vor das Aus gestellte Forschungs- & Entwicklungsgebäude von CSL Innovation am Pharmastandort). Wir haben uns bei der Abstimmung enthalten. Der Antrag wurde trotzdem angenommen.

Unser Co-Fraktionsvorsitzender Jan Schalauske griff in seiner Rede die offenen Fragen des Vorhabens auf. Die Risiken einer solchen Investition seien weiterhin zu hoch, Standortgarantien und mögliche gesellschaftliche Gegenleistungen nicht ausreichend geklärt. Auch eine Beteiligung der Stadt an möglichen Gewinnen sei nicht ernsthaft geprüft worden. Besonders problematisch sei die politische Schieflage: Während bei sozialen und öffentlichen Angeboten gespart werde, stelle die Stadt einem Unternehmen erhebliche Mittel zur Verfügung. Spätestens der Umstand, dass in der gleichen Sitzung die Gebührenerhöhung in der Stadtbücherei für Marburg-Pass Inhaber*innen beschlossen wurde lässt das sprachliche Bild des Bootes in dem ganz Marburg gemeinsam sitze ins wanken kommen.

Die Debatte zeigte den Konflikt zwischen Wirtschaftsförderung und sozialer Verantwortung. Investitionen in die Zukunft des Pharmastandorts können sinnvoll sein. Sie müssen aber nachvollziehbar, abgesichert und an klare Bedingungen geknüpft werden. Gerade bei einer Summe von zwei Millionen Euro in den aktuellen Kürzungszeiten darf die Stadt diese Fragen nicht beiseiteschieben.

Nahversorgung sichern: Tegut-Standort im Blick behalten

Ein wichtiges Signal für die Nahversorgung in Marburg war die breit getragene Initiative zur Zukunft des Tegut-Standorts in der Ketzerbach. Der durch uns geänderten Vorlage der SPD schlossen sich neben uns auch CDU/FDP, Volt und Marburger Linke an. Sie wurde einstimmig angenommen.

Damit wird die Suche nach einer geeigneten Nachnutzung des Standorts unterstützt. Gerade für die Schülerinnen und Schüler der Blista ist die Schließung des Marktes ein akutes Problem. Nahversorgung ist Teil einer lebenswerten Stadt und darf nicht allein dem Markt überlassen werden.

Transparenz beim Spezialfonds!

Auch unser Antrag auf regelmäßige Berichterstattung zur Entwicklung des Spezialfonds im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss wurde angenommen. Die AfD hatte eine Änderung eingebracht, die jedoch abgelehnt wurde. Die gemeinsame geänderte Fassung fand eine Mehrheit ohne die AfD.

Damit wird die Entwicklung des Fonds künftig regelmäßig im zuständigen Ausschuss zum Thema. Für uns ist klar: Wenn öffentliche Mittel eingesetzt werden, braucht es Transparenz und politische Kontrolle.

Unser Fazit: Solidarität braucht Haltung und den Mut, sie durchzusetzen!

Die Sitzung hat gezeigt: Eine solidarische und gerechte Stadt entsteht nicht von allein. Sie braucht politische Mehrheiten, die Haltung zeigen. Gemeinsam stehen wir gegen Gewalt an Frauen*, gegen Ausgrenzung und Menschenfeindlichkeit, für soziale Sicherheit und demokratische Teilhabe. Gleichzeitig dürfen öffentliche Millioneninvestitionen nicht ohne klare Bedingungen und Kontrolle vergeben werden, während an anderer Stelle soziale Angebote unter Druck geraten. Wir werden weiter Druck machen: für eine Stadt, die Menschen schützt statt sie allein zu lassen, die öffentliche Verantwortung übernimmt statt sie dem Markt zu überlassen, und die sich nicht von der AfD nach rechts treiben lässt. Eine solidarische Stadt muss jeden Tag erkämpft und politisch durchgesetzt werden. Im Parlament und auf der Straße.

Herzliche Grüße der Fraktion Die Linke in der Marburger Stadtverordnetenversammlung!

Miriam Stoll, Jan Schalauske, Judit Margaretha Grimm, Lasse Wenzel, Nicole Wehnert, Lena Reschke, Viktoria Ehrke